Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 10

Artikel: Das schottische Dilemma
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338888

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dr. J. W. Brügel

Das schottische Dilemma

So grotesk es klingen mag, ist es doch wahr, dass die Britische Labour Party, die niemals in ihrer mehr als siebzigjährigen Geschichte offiziell marxistische Auffassungen vertreten hat (weswegen man am Anfang des Jahrhunderts zögerte, sie in die Zweite Internationale aufzunehmen und sich erst von Karl Kautsky sagen lassen musste, dass sie zwar die Existenz des Klassenkampfes nicht anerkenne, ihn aber um so wirksamer führe), weit mehr als irgendeine andere Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale eine Klassenkampfpartei ist. Sie versteht sich grossartig auf den Kampf mit den Konservativen, der praktisch ein Ringen zwischen Kapital und Arbeit ist, sie ist in der glücklichen Lage, die Existenz einer Kommunistischen Partei im Lande ignorieren zu können, aber sie wird mangels an einer festen ideologischen Basis, von der sie ausgehen könnte, unsicher, wenn andere Probleme auftauchen, denen sie weder theoretisch noch praktisch gewachsen ist. Der Wiedereintritt der Liberalen auf die politische Bühne macht sie kopfscheu, weil sie sie nirgends einordnen kann. Zum nordirischen Problem gibt es in der Partei ganz verschiedene Auffassungen, auch wenn die Parteiführung hier doch einer mittleren Linie – Gerechtigkeit für die Minderheit, aber keine Vergewaltigung der Mehrheit – immer wieder zum Durchbruch verhelfen konnte. Wales und Schottland sind Notstandsgebiete und schon darum seit Jahrzehnten Festungen des Sozialismus; ohne sie kann es in London keine Labourregierung geben, denn im «eigentlichen» England gibt es zahlreiche ländliche Wahlkreise oder solche um prosperierende Seebänder, in denen Labour kaum eine ernste Chance hat. Aber die Labour Party ist sich nicht klar darüber, wie sie sich zu den Regionalproblemen von Walen und Schottland stellen soll. Eine sozialistische Analyse der Nationalitätenprobleme auf der britischen Insel gibt es nicht.

Die Waliser haben eine eigene, vom Englischen grundverschiedene Sprache, aber sie wird nicht von allen von ihnen gebraucht; viele verstehen sie gar nicht. Die Labour-Organisation für Wales hat sich schon vor vielen Jahren entschieden, dem walisischen Nationalismus durch harmlose Konzessionen den Boden abzugraben. Die erste Regierung Wilson hat nach dem für Schottland schon lange bestehenden Muster ein eigenes Ministerium für Wales (mit dem Sitze in Cardiff) geschaffen, das aber keine grosse Bedeutung hat. Als eine noch von der 1970 gestürzten Regierung Wilson eingesetzte Sachverständigenkommission vor kurzem vorschlug, für Wales und Schottland Regionalparlamente mit begrenzten Befugnissen zu bilden, haben die walisischen Sozialisten gleich zugestimmt. Der Erfolg

scheint ihnen recht zu geben, denn am 28. Februar wurden nur zwei walisische Nationalisten ins Unterhaus gewählt, wodurch allerdings Labour in diesen fast rein proletarischen Gebieten um zwei Mandate kam.

In Schottland spielt ein nationales Problem nicht mit, denn die gälische Sprache wird nur von ganz wenigen Menschen gesprochen, die alle Englisch können. Die schottischen Sozialisten sind bisher ziemlich einheitlich von der Auffassung ausgegangen, man solle den schottischen Nationalismus, der zeitweise auftauchte, um wieder zu verschwinden, einfach ignorieren. Das Problem Schottland sei ein soziales, kein nationales oder regionales, und es könne nur durch eine gesamtstaatliche sozialistische Politik zufriedenstellend gelöst werden. Theoretisch ist das zweifellos richtig, aber der schottische Nationalismus ist in den letzten Jahren stärker geworden und hat im Februar 1974 sieben Parlamentssitze erobern können, fast alle auf Kosten Labours. Die Sozialisten sind in Schottland mit 41 von insgesamt 70 Unterhaussitzen immer noch die mit Abstand stärkste Partei, aber man fürchtet ein weiteres, Labour bedrohendes Vordringen der schottischen Nationalisten, die mit dem populären Schlagwort hausieren gehen, der Nutzen aus den gewaltigen neuen Erdölfunden in der Nordsee dürfe nur Schottland zugute kommen, weshalb eine möglichst reine Scheidung von London, gegebenenfalls «bis zur Losreissung», notwendig sei. Es ist schwer zu entscheiden, ob das Anwachsen des schottischen Nationalismus eine Folge der Erdölfunde im Schottland vorgelagerten Teil der Nordsee ist oder ob es sich um einen zufälligen Zusammenhang handelt. Tatsache ist aber, dass Schottland aus einem armen, vernachlässigten Lande in zehn, fünfzehn Jahren ein reiches würde, wenn der ganze Nutzen aus den Erdölfunden ihm verbliebe. Aber Schottland allein könnte gar nicht an die Ausbeutung dieses Schatzes herangehen, denn auch London kann das nicht ohne Investitionen amerikanischer Firmen und ohne ausländische Fachleute.

Objektiv betrachtet, ist daher der Schrei «Los von London!» unsinnig, im Endeffekt dem Lande schädlich und sachlich durch nichts begründet. Für die Regelung schottischer Angelegenheiten «auf höchster Ebene» ist nicht irgendein Ministerium in London, sondern das Ministerium für Schottland («Schottish Office») zuständig, das seinen Sitz in Edinburgh hat. Willie *Ross*, der sozialistische Chef dieses Amtes, war bisher bekannt als ein entschiedener Gegner jeder Erweiterung der schottischen «Besonderheit» und ist daher für den Nationalisten das rote Tuch (man hat an Wilson auch in den eigenen Reihen ausgesetzt, dass er Ross 1974 wieder als Minister für Schottland ins Kabinett berufen hat). Er ist aber nach den letzten Wahlen vorsichtiger und einem Kompromiss geneigter geworden. Nun ergab sich der merkwürdige Zustand, dass der Parteivorstand der Labour Party auch mit den Stimmen einiger schottischer Mitglieder sich im Sinne des erwähnten Sachverständigengutachtens für die Schaffung eines Regionalparlaments für Schottland aussprach, aber die Leitung der schotti-

schen Regionalorganisation der Partei dem heftig mit dem Argument opponierte, eine solche Einrichtung wäre eine Augenauswischerei, die nur die Dinge erschwere, und man solle lieber durch im sozialistischen Geiste getroffene soziale und wirtschaftliche Massnahmen gesamtstaatlicher Natur Schottland auf die Beine helfen. Zur Beilegung dieses nicht alltäglichen Streites wurde eine für zwei Tage anberaumte schottische Regionalkonferenz der Partei einberufen, aber sie traf schon am ersten Tag ihre Entscheidung, von der niemand leugnet, dass sie opportunistischen und nicht grundsätzlichen Erwägungen entspricht. Die Gegner des – darüber war man sich, auch wenn es nicht ausgesprochen wurde, einig – sachlich überflüssigen und die Situation überflüssigerweise komplizierenden Regionalparlaments oder Landtags führten mit guten Argumenten ein tapferes Rückzugsgefecht, aber sie wurden bei der Abstimmung durch Zuruf geschlagen und verlangten gar nicht eine Abstimmung mit Stimmzetteln, weil sie wussten, dass die grossen Gewerkschaften mit ihren Blockstimmen ins Lager der Autonomisten übergegangen waren. Aus Angst, dem schottischen Nationalismus billige Argumente in die Hand zu geben, hat die Konferenz der Schaffung eines Regionalparlaments mit gesetzgebenden Befugnissen zugestimmt, ohne sich überhaupt den Kopf darüber zu zerbrechen, wieweit diese Befugnisse eigentlich gehen sollten. Darum fragt es sich, ob die an sich verständliche Entscheidung nicht den immer nach «Mehr» rufenden schottischen Nationalisten (die sich in ihrer Agitation fast nur an die Arbeiter wenden) eher nützen als schaden wird. «If you pay danegeld, you never get rid of the Dane», heisst es in einem Gedicht von Rudyard Kipling. (Es handelt sich um ein Wortspiel. Übersetzt heisst es: «Wenn du Lösegeld bezahlst, wirst du den Dänen nie loswerden»).

Kein Zweifel, es war eine aus panischer Angst geborene Entscheidung, aber man muss sich bei ihrer Beurteilung die unwiderlegbare Feststellung vor Augen halten, mit der Ron Hayward, der englische Generalsekretär der Labour Party, zur Debatte auf der schottischen Konferenz als Gast beigetragen hat: Wenn Schottland versagt, gibt es in London nicht wieder eine sozialistische Regierung.